

20.05.2016

LSVD Thüringen im ZDF-Fernsehrat vertreten

Angemessene Vertretung von LSBTI in allen öffentlich-rechtlichen Medien notwendig

Anlässlich der Beauftragung des Lesbian- und Schwulenverbands Thüringen eine Vertretung in den ZDF-Fernsehrat zu entsenden, erklärt **Henny Engels, Sprecherin des Lesbian- und Schwulenverbandes (LSVD)**:

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik werden Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI) im ZDF-Fernsehrat Sitz und Stimme bekommen. Heute haben die Abgeordneten des Thüringer Landtages auf Initiative der Landesregierung den LSVD Thüringen beauftragt, eine Vertretung in den ZDF-Fernsehrat zu entsenden. Das freut den Lesbian- und Schwulenverband (LSVD) sehr. Der LSVD Thüringen wird seine langjährige Vorstandsfrau Jenny Renner nominieren. Das ist eine gute Wahl. Renner ist eine kompetente und geeignete Vertretung aus Thüringen und in der Community gut vernetzt.

Die Entsendung hat Vorbildfunktion für die Gremien aller öffentlich-rechtlichen Medien, die noch keine angemessene Vertretung von LSBTI haben. Die heutige Vielfalt unserer Gesellschaft muss sich endlich auch in den Rundfunk- und Fernsehräten abbilden. Der LSVD wird sich weiter dafür einsetzen, dass es dort eine gleichberechtigte und ausgewogene Interessenvertretung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen gibt.

Die Förderung der Akzeptanz von LSBTI ist elementar für eine demokratische und offene Gesellschaft, die selbstbestimmte Lebensentwürfe schützt und ermöglicht. Es ist ausdrückliche Aufgabe der öffentlichen-rechtlichen Medien auf ein diskriminierungsfreies Miteinander hinzuwirken und ein umfassendes Bild der deutschen Gesellschaft zu vermitteln.

Hintergrund

2015 fand eine Kampagne des LSVD, dass LSBTI endlich im ZDF-Fernsehrat vertreten sein müssten, viel Unterstützung und hatte letztlich Erfolg. [<https://www.lsvd.de/de/ct/352-lsvd-kampagne-gegen-ausgrenzung-im-zdf-fernsehrat-hat-erfolg->] Das Bundesverfassungsgericht hatte mit seinem am 25.3.2014 veröffentlichten Urteil zum ZDF-Staatsvertrag deutlich gemacht, dass die bisherige Zusammensetzung des ZDF-Fernsehrates dem Grundsatz der Vielfaltsicherung nicht genügt. In dem Urteil heißt es u.a.: „Die Zusammensetzung der Kollegialorgane muss darauf ausgerichtet sein, Personen mit möglichst vielfältigen Perspektiven und Erfahrungshorizonten aus allen Bereichen des Gemeinwesens zusammenführen“ (BVerfG, 1 BvF 1/11 Rz. 39). Im März 2015 hatte sich der Freistaat Thüringen entschlossen, eine LSBTI-Vertretung in den ZDF-Fernsehrat zu entsenden. So wurde es in letzter Minute im neuen ZDF-Staatsvertrag verankert.

Weiterlesen

- „Viel Zeit, Geduld und Diplomatie“. Interview mit Jenny Luca Renner, LSBTTIQ*-Vertretung im ZDF-Fernsehrat [<https://www.lsvd.de/de/ct/3411--viel-zeit-geduld-und-diplomatie->]

Bundespressestelle
Markus Ulrich

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

- Regenbogenkompetenz in Rundfunk- und Medienräten. Ergebnisse des Fachforums auf dem zweiten Regenbogenparlament "Akzeptanz für LSBTI* weiter gestalten" [<https://www.lsvd.de/de/ct/962-regenbogenkompetenz-in-rundfunk-und-medienraeten>]
- Voll im Bild?! Wie geht eine diskriminierungsarme Bild-Berichterstattung? [<https://www.lsvd.de/de/ct/1001-voll-im-bild->]
- Die Salonfähigen: Von „Geschlechtsumwandlungen“ und „Schwulenehe“. Mediale Darstellung im Fokus [<https://www.lsvd.de/de/ct/599-die-salonfaehigen-von-geschlechtsumwandlungen-und-schwulenehe->]
- Die reale Zivilgesellschaft muss bei den öffentlich-rechtlichen Medien wirksam beteiligt werden. Vertretung in den Rundfunk- und Fernsehgremien gefordert [<https://www.lsvd.de/de/ct/479-die-reale-zivilgesellschaft-muss-bei-den-oeffentlich-rechtlichen-medien-wirksam-beteiligt-werden>]

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.